

Die Ideen und Vorschläge dieses Programms wurden in einem Online-Mitgliederforum der FDP Stuttgart im vierten Quartal eingegeben und diskutiert. Die über 250 Vorschläge wurden auf den Mitgliederversammlungen am 28. Januar 2019 und am 18. Februar 2019 beraten, ergänzt, zusammengefasst und verabschiedet.

Gemeinderatswahl 2019

Kommunalwahlprogramm der FDP Stuttgart

Wer Stuttgart liebt, macht es besser.

Stuttgart ist eine starke Stadt. Eine Stadt, in der viele Menschen Lebensqualität suchen und finden. Eine Stadt mit einer vielfältigen, reichen Kultur. Eine Stadt mit starker wirtschaftlicher Basis. Wir bekennen uns zu Stuttgart und haben den Anspruch, es durch eine starke liberale Politik in den kommenden Jahren noch stärker zu machen.

Liberale Kommunalpolitik: Für eine bessere Stadt

Wir als Freie Demokraten in Stuttgart wissen, dass es viele Bereiche gibt, in der die Stadt noch besser werden kann. Wir sehen aber auch die Chancen, die uns ein starkes Stuttgart bereits heute bietet.

Freie Demokraten in Stuttgart setzen sich für selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger ein, die selbst darüber entscheiden wollen, wie sie glücklich werden. Vielfalt und Akzeptanz unterschiedlicher Lebensentwürfe und Lebensläufe prägen unsere Politik.

Die Menschen in unserer Stadt wollen sich frei bewegen und ohne unnötige Bevormundungen ihr Leben gestalten. Nur so wird die Kraft der Eigeninitiative, die Kreativität zum Lösen von Problemen freigesetzt.

Vielfalt in Stuttgart ist auch das Leben in den 23 Stadtbezirken, die alle ihren eigenen Beitrag zu unserer Stadt leisten. Lokale Strukturen und Angebote bleiben uns ein Anliegen, das wir auch weiter unterstützen wollen.

Wir entwickeln unsere Vorschläge für ein besseres Stuttgart aus einer positiven Sicht heraus. Dies bedeutet nicht, die Augen vor Problemen zu verschließen und diese zu verschweigen. Wir laden mit unserem Programm alle Menschen in Stuttgart ein, unsere Stadt besser zu machen.

Wir Freien Demokraten wissen, dass viele Probleme Stuttgarts nur gemeinsam mit dem Umland, der Region gelöst werden können. Wir haben dafür gemeinsam mit der Region ein gesondertes Programm beschlossen.

I. Leistung in Stuttgart: Wirtschaft, Gewerbe und Einzelhandel

Der Ideenreichtum, der Fleiß und der Mut vieler Menschen als Leistungsträger, in zahlreichen Betrieben, Läden, Praxen und Werkstätten machen die Stärke Stuttgarts nicht nur in finanzieller Hinsicht aus, sondern schaffen auch ein Angebot an Arbeitsplätzen und ein breites Angebot an Dienstleistungen für eine lebendige Stadt.

Dafür setzen wir uns ein:

Die vielfältigen kleinen und mittelständischen Betriebe in unserer Stadt sind die Basis, das vergessen wir nicht. Diese brauchen stabile Rahmenbedingungen und genug Platz für ihr unternehmerisches Handeln. Neue Ideen brauchen Chancen, um sich in unserer Stadt entwickeln und bewähren zu können. Der lokale Einzelhandel ist einem anhaltenden Strukturwandel ausgesetzt. Geeignete kleinräumige Strategien können Kunden und Händler vor Ort auch bei geändertem Konsumverhalten der Verbraucher optimistisch in die Zukunft schauen lassen. Mittelständische Betriebe beschäftigen mehr als 60 Prozent aller sozialversicherungspflichtig angestellten Arbeitnehmer. Dabei erwirtschaften sie fast 40 Prozent aller Umsätze und stellen ca. 80 Prozent der Ausbildungsplätze zur Verfügung.

Bessere Politik für den Handels- und Gewerbestandort Stuttgart heißt:

- Das Vorantreiben der digitalen kommunalen Infrastruktur (z.B. schnelle und zuverlässige Internetverbindungen, Netzabdeckung Mobilfunk) und eine Initiative zu einem Pilotprojekt „Digitale Einkaufsstadt“, bei dem bessere digitale Möglichkeiten für den Einzelhandel mit Unterstützung des Landes und lokaler Beratung und Begleitung erprobt werden soll.
- Sicherstellung der Erreichbarkeit von Gewerbegebieten und Einkaufsstraßen auch mit dem Auto. Erhalt der vorhandenen öffentlichen Parkplätze und Parkhäuser und deren bedarfsgerechten Ausbau.
- Ausweisung weiterer Gewerbeflächen.
- Spürbare Entlastung von Unternehmen durch die Senkung von Gebühren, Abgaben und Steuern.
- Neue Perspektiven unterstützen durch eine unbürokratische Förderung von Existenzgründungen, z. B. durch Einführung vereinfachter Online-Anmeldung für Unternehmen, einen von der Stadt organisierten Gründerwettbewerb mit Beteiligung ortsansässiger Unternehmen und die genehmigungsrechtliche Erleichterung bei der Vermietung von Einkaufsflächen auf Zeit, um leerstehende, größere Flächen auch für eine kleinteilige Einzelhandelsnutzung, z.B. nach dem Modell „Fluxus“, nutzbar zu machen. Damit wird die Erprobung von Start-Up-Ideen im stationären Modell geschaffen. Bestehende Stuttgarter Wirtschaftsförderprogramme sind zu evaluieren und auch auf die Anforderungen der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) anzupassen. Das bestehende Gründerbüro der Wirtschaftsförderung Stuttgart soll zu einem European Start-Up Center ausgebaut werden, das Gründerinnen und Gründer intensiv aus europäischer Perspektive beraten und unterstützen kann, um ihnen einen erfolgreichen Start nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa zu ermöglichen.

II. Wohnen, Bauen und Stadtbild in Stuttgart

Stuttgart ist eine attraktive Stadt mit starker Wirtschaftskraft. Jedes Jahr kommen viele tausend Menschen nach Stuttgart und suchen Wohnraum. Der Mangel an Wohnraum, die gestiegenen Mieten und Immobilienpreise sind in der Zwischenzeit zum echten Standortnachteil für unsere Stadt geworden und schränken die Möglichkeiten für die Lebensgestaltung erheblich ein.

Dafür setzen wir uns ein:

Gelöst werden kann dieses Problem nur, indem mehr Wohnraum entsteht. Momentan werden zu wenig Bauflächen ausgewiesen und der Bau von Wohnungen wird durch Vorschriften und lange Genehmigungsverfahren verteuert und verzögert. Wer ein zu knappes Angebot durch Mietpreis- und Kappungsgrenzen sowie Zweckentfremdungsverbote weiter reglementiert, verschärft das Problem. Dieses hat in der Zwischenzeit längst die mittleren Einkommensbereiche erreicht. Unsere Politik ist, diese Zwänge und Einschränkungen zu beseitigen und das Angebot für alle zu erhöhen.

Bessere Politik für Wohnraum in Stuttgart heißt:

- Beschleunigung der Baugenehmigung durch digitale Verfahren. Aufstockung des Personals im Baurechtsamt, damit Bauvorhaben schneller geplant und umgesetzt werden können. Vereinfachte und beschleunigte Freigabe von Flächen und Baugenehmigungen für kurz- bzw. mittelfristig vorübergehenden Wohnraumbedarf, beispielsweise Nutzung von Interimsflächen für Studentenwohnungen mit Modulbauten.
- Eine kombinierte Innen- und Außenentwicklung und mehr Ausweisung von zusätzlichem Bauland sowie Schaffung von Baurecht zur Stadtplanung zum Zwecke der Bebauung. Dies fehlt bei vielen Grundstücken Stuttgarts noch. Zusätzliche bebauungsfähige Flächen können gerade auch Baugenossenschaften zur Verfügung gestellt werden. Durch die Fortführung der „Dächeroffensive“ für Stuttgart mit der Schaffung zusätzlichen Wohnraums in günstiger Modulbauweise auf Flachdächern kann ebenfalls Wohnraum entstehen.
- Abschaffung des Zweckentfremdungsverbotes. Seinen ursprünglichen Sinn hat dieses Verbot schon lange verloren. Die Überwachung bedeutet erheblichen Aufwand und stellt einen unnötigen Eingriff in Eigentumsrechte dar.
- Änderung des Stuttgarter Innenentwicklungsmodells (SIM) und Absenkung des Sozialwohnungsanteils von 40% auf 20% zugunsten der Förderprogramme "Mietwohnungen für mittlere Einkommensbezieher" (MME) und "Preiswertes Wohneigentum" (PWE).
- Stärkere Zusammenarbeit der Stadt mit dem Studierendenwerk und anderen Betreibern von Studierenden- oder Auszubildendenwohnheimen, um gemeinsam darauf einzuwirken, ausreichend und bezahlbare Wohnheimplätze zu schaffen.

- Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe für öffentlich geförderten Wohnraum. Oft wird dieser von Menschen belegt, die keine Förderung nötig haben.
- Dauerhafte Absenkung der Grundsteuer durch die Stadt und Vermeidung von erhöhtem Grundsteueraufkommen nach der Grundsteuerreform.
- Umfeldqualität sicherstellen und entwickeln: Sicherstellung der Nahversorgung bei künftigen Neubaugebieten und in den bestehenden Wohngebieten, signifikante Erhöhung der Budgets zur Aufwertung der Stadtteilzentren. Ziel hierbei ist die Steigerung der Attraktivität der Stadtteile für die Bürgerinnen und Bürger, die Schaffung von attraktiven Rahmenbedingungen für den lokalen Einzelhandel sowie das Bekämpfen der Trading-Down-Effekte. Die bisherige Konzeption „Stadtteilzentren konkret - Handlungskonzepte für lebendige Stadtteilzentren“ ist hierbei nur ein Einstieg, der in Zusammenarbeit mit dem lokalen Einzelhandel, der Gastronomie, zentrumsrelevanten Dienstleistern sowie Vertretern der Bürgerinnen und Bürger deutlich weiterentwickelt werden muss.

III. Mobil in Stuttgart: Verkehr

Mobilität ist eine der wichtigsten Errungenschaften des Menschen. Sie vergrößert unsere Möglichkeiten, wie wir unsere Wohn- und Arbeitswelten an unterschiedlichen Orten realisieren können, gibt uns Freiheit in der Freizeit und erweitert unseren Horizont. Die zentrale Frage für Stuttgart wird sein, wie wir es schaffen, das hohe Gut individueller Mobilität in den nächsten Jahren zu erhalten, neu zu gewinnen und die Weichen für Mobilität in der Zukunft zu stellen.

Dafür setzen wir uns ein:

Stuttgart braucht eine sachliche und objektive Debatte über die Mobilität. Ausgangslage ist das individuelle Mobilitätsbedürfnis jedes Menschen in unserer Stadt, ob von hier oder von außen. Tatsache ist auch, dass die Kapazitäten an Straßen, Parkraum und öffentlichen Verkehrsmitteln zu vielen Zeiten ausgelastet und überlastet sind. Wir sind der grundsätzlichen Überzeugung, dass wir es schaffen müssen, den Durchgangs- und Lastverkehr in der Stuttgarter Innenstadt durch Umgehungsoptionen zu verringern und durch bessere Mobilitätsangebote den individuellen Automobilverkehr auf ein sinnvolles Maß zu bringen. Die Leistungsfähigkeit des Hauptverkehrs durch Tunnellösungen und Luftreinigung verbessern. Fahrverbote betrachten wir als Kapitulation vor der Fortentwicklung moderner Mobilität.

Bessere Politik für moderne Mobilität in Stuttgart heißt:

- Straßen verbessern durch permanente umfassende Instandhaltung und Sanierung bestehender Straßen und Wege und Ausbau der Kreisverkehre an Kreuzungen. Neue technische Möglichkeiten verbessern den Verkehr, so sind Kreuzungen und Übergänge in Stuttgart nach einem festen Plan Stück für Stück mit einer Sensortechnik auszustatten und schon jetzt ist ausreichende technische Infrastruktur für die Möglichkeiten des Autonomen Fahrens zu schaffen. Elektroladestationen mit gängigen Anschlüssen und adäquater Ladeleistung an kommunalen Parkplätzen und Parkhäusern sind bereitzustellen; neben der Elektromobilität bedeutet dies aber auch, für andere alternative Antriebe offen zu sein und die Infrastruktur dafür zu schaffen.

- Straßennetz verbessern: Bau der Nordostumfahrung und der Filderauffahrt, um die Straßen und das Stadtgebiet wirkungsvoll von reinem Durchgangsverkehr zu entlasten und Untertunnelung der B14 zwischen Gebhard-Müller-Platz, und Marienplatz zur Lärmreduktion und Luftverbesserung in der Innenstadt und zur Platzgewinnung für ein Kulturquartier.

Ausreichenden Parkraum bereitstellen: Ausweis weiterer öffentlicher Parkflächen und Bau öffentlicher Parkhäuser in den Stadtbezirken, Öffnung der von der Verwaltung genutzten Parkflächen und Parkhäuser nach Dienstschluss für die Öffentlichkeit und Berücksichtigung des öffentlichen Parkraumbedarfs bei der Errichtung neuer Parkhäuser für die Verwaltung (z.B. für Schulen). Einführung von Handy-Parktickets.

- Verkehr intelligent vernetzen: Ausbau der P&R-Parkplätze in der Region sowie Ausstattung mit Ladestationen für E-Autos und Einführung einer PolyGo-App zur neuen PolyGo-Card.
- Öffentlichen Nahverkehr attraktiver machen: Verdichtung des Fahrtakts bei allen Stadtbahnlinien. Ausbau der Mobilfunknetzabdeckung in den Tunnels der S- und Stadtbahnstrecken und ein grundsätzliches und freies W-Lan Angebot In Bussen und Stadtbahnen der SSB. Attraktivere und saubere Gestaltung von Stadtbahnhaltestellen, besonders Tiefbahnhaltestellen. Anbringung von mehr Mülleimern und Verbesserung der Sauberkeit an Stadtbahnhaltestellen. Verbesserung der elektronischen Anzeigen an den Stadtbahnhaltestellen.
- Bessere Linien: Stärkung des ÖPNV durch neue Stadt-(U)-Bahn-Linien, die auch Querverbindungen schaffen; Einführung des Nachtverkehrs für die Stadtbahn und S-Bahn von Donnerstag bis Sonntag. Konsequenter Ausbau der Bahnsteige auf 80m, damit bei Bedarf lange U-Bahnen halten können, bzw. Prüfung von Konzepten, mit denen längere Züge an kürzeren Bahnsteigen halten können. Prüfung der Verlagerung der Stadtbahn zwischen Bopser und Charlottenplatz unter die Erde. Planerische Vorbereitung und Freihaltung einer dritten Zufahrtsstrecke für die Stadtbahn aus Richtung Stadtbibliothek/Budapester Platz einerseits und Stöckach andererseits. Einführung eines Taktes über den ganzen Tag auf der „Schusterbahn“ zwischen Untertürkheim und Kornwestheim und spätere Weiterführung der Linie zwischen Esslingen und Ludwigsburg, Verlängerung der Strohgäubahn über Neuwirtshaus und Zuffenhausen bis nach Feuerbach, Nutzung der Gäubahntrasse als neue Führung der S-Bahnlinie mit neuen/reaktivierten Haltestellen wie z.B. dem Westbahnhof. Planung einer zweiten S-Bahn-Röhre durch das Stuttgarter Innenstadtgebiet. Abschaffung der Expressbuslinie X1 von Cannstatt zum Hauptbahnhof und Einrichtung solcher Linien auf sinnvollen Strecken, also z.B. nicht entlang von bestehenden S-Bahnen. Integration einer Hängeseilbahn als Ergänzung zum ÖPNV.
- Fahrradverkehr für alle verbessern: Ausbau des Radwegenetzes und Optimierung der Fahrradwege: Räumung der wichtigsten Strecken bei Schnee, Beleuchtung, möglichst keine weiteren Radwege zwischen fließendem und parkendem Verkehr und ein neues Fahrradwegekonzept, das keine Fahrradwege auf Hauptstraßen mehr vorsieht. Ziel muss die möglichst unterbrechungsfreie Durchfahrt der Stadt sein. Radfahrerstaffel für den städtischen Ordnungsdienst etablieren. Stärkere Überwachung und konsequente Verfolgung von Verkehrsverstößen durch Radfahrer.

- Fahrradverkehr einbinden: Öffnung der PKW Parkflächen für Lastenfahrräder und ein ganzheitliches Fahrradkonzept für Stadtbahn- und Buslinien mit Fahrradhaltestellen für Buslinien und Fahrradparkhäusern, die auch mit Ladestationen / -Schließfächern für elektrische Fahrräder und Pedelecs ausgestattet sind, v.a. in der Nähe des Hauptbahnhofs., der Stadtmitte und der Universität in Vaihingen. Bereitstellung von Umkleieräumen und Duschen in den Verwaltungsgebäuden der städtischen Behörden für fahrradfahrende Mitarbeiter. Abflachung von Bordsteinen zum erleichterten Auffahren für Rollstuhlfahrer, Kinderwagen und Kinderfahrräder.
- Verkehrsgestaltung auch für die Zukunft: Mobilitätsgipfel für Stuttgart mit Einbeziehung der Verwaltung, der Verkehrsbetriebe und örtlich ansässiger Firmen mit Mobilitätsexpertise, Offenheit gegenüber der Nutzung von zukunftsweisenden elektrischen Fortbewegungsmitteln wie z.B. Elektroskateboards und Ultraleichtscootern und innovative Verkehrskonzepte mit Berücksichtigung der Mitarbeiterzuwächse für die Gewerbegebiete in den Außenstadtbezirken.

IV. Grundlagen für ein besseres Stuttgart: Infrastruktur und Verwaltung

Stuttgart als Ort des Lebens und Arbeitens braucht eine solide Grundstruktur. Das beginnt mit der heute zentral wichtigen digitalen Infrastruktur, geht aber weiter über öffentliche Dienstleistungen der Versorgung und Entsorgung. Ohne eine leistungsfähige Verwaltung kann eine moderne Großstadt wie Stuttgart heute gar nicht mehr bestehen. Kommunaler Zusammenhalt braucht öffentliche und private Investitionen in den Aufbau und Erhalt öffentlicher und gemeinschaftsbildender Infrastrukturen – von öffentlichen Plätzen über Gemeinde-, Generationen-, Frauen- und Schutzhäuser, Bibliotheken und Nahverkehrsangebote bis zu Schulen und Ausbildungsstätten.

Dafür setzen wir uns ein:

Unser Ansatz war und ist, die Leistungsfähigkeit Stuttgarts zu erhöhen. Dies braucht eine moderne Verwaltungsstruktur mit qualifiziertem Personal, eine flächendeckende und moderne Datenversorgung sowie die richtige Aufstellung von Betrieben in städtischer Hand. Wir können viel für das Stadtbild tun, für die Sauberkeit in jedem Fall. Auch die Sicherheit darf nicht zu kurz kommen. Wir wägen aber genau ab, wie stark wir die Überwachung haben wollen. Eine Videoüberwachung an allen öffentlichen Plätzen lehnen wir ab. Die Überwachung der Bürger ist für uns nicht der richtige Weg, um Kriminalität zu bekämpfen.

Bessere Politik für moderne Infrastruktur in Stuttgart heißt:

- Einen Fokus auf die Sanierung bestehender Infrastruktur setzen und dem schleichenden Substanzverlust wo notwendig mit Generalsanierungen entgegenzutreten. Initiative der Stadt Stuttgart für Glasfaseranschluss in allen Haushalten und Gewerbegebieten sowie leistungsfähiges WLAN in Schulen als Grundlage für die Digitalisierung der Bildung. Einführung einer Pflicht zur Verlegung von Leerrohren zur Kabel, wenn Straßen aufgerissen werden.

- Den Abbau von Bürokratie und den Ausbau von E-Government und Open Data (Vereinfachung und mehr Transparenz von Verwaltungsprozessen durch den Einsatz von digitalen Informations- und Kommunikationstechniken). Ausschöpfung aller vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) bereitgestellten Möglichkeiten eines digitalen Identitätsnachweises gegenüber Ämtern und Einbindung in die Stuttgarter Verwaltungen.
- Augenmaß bei der Gebührenerhebung: Städte können für die Beantwortung von Bürgeranfragen Gebühren festsetzen. Dies kann im Einzelfall zu immensen Kosten führen und dazu verleiten, einen Antrag auf Informationszugang nicht weiter zu verfolgen oder gar nicht erst zu stellen. Daher fordern wir die Festsetzung einer Gebühren-Höchstgrenze für Anträge nach dem Landesinformationsfreiheitsgesetz sowie die vollständige Gebührenfreiheit bei einfachen Fällen.

V. Lernen in Stuttgart: Beste Bildung

Stuttgart bietet beste Bedingungen für eine hervorragende Bildung. Gute Bildung ist Voraussetzung für Eigenverantwortung und gesellschaftliche Teilhabe. Stuttgart bietet mit seinen frühkindlichen Bildungseinrichtungen, seinem vielfältigen Schulsystem und seinen Hochschulen und Universitäten beste Bedingungen für erfolgreiche Bildungswege. Aber auch hier gilt: Gutes kann man noch besser machen.

Dafür setzen wir uns ein:

Die Menschen sind vielfältig und ihr persönliches Interesse auch. Dies muss eine moderne Großstadt wie Stuttgart in der Bildung abbilden. Nicht alle Kinder sind gleich, aber jedes Kind muss die gleichen Chancen haben, sich in einer sich ständig verändernden Welt bestmöglich entwickeln zu können. Zentrale Bausteine der Chancengerechtigkeit sind qualitativ gute Kitas ebenso wie modern ausgestattete, sanierte und leistungsorientierte Schulen. Hier hat Stuttgart noch Nachholbedarf.

Politik für die beste Bildung in Stuttgart heißt:

- Ausbau des Angebots an qualitativ hochwertigen Kita-Plätzen, Förderung der Kindertagespflege als gleichwertiges Angebot durch Aufnahme in den Bedarfsplan, Schaffung von mehr Aus- und Weiterbildungsplätzen in der Kinderbetreuung, auch für den beruflichen Quereinstieg, Festlegung verlässlicher Öffnungszeiten, die sich an üblichen Arbeitszeiten orientieren.
- Intensivierung der Schulsanierungen durch personell bessere Ausstattung des Schulamtes und effektivere Methoden, z.B. Planungs- und Auftragsvergabe nach außen und Abbau von Genehmigungshindernissen.
- Digitale Bildung verbessern: Kurzfristige Erweiterung und Modernisierung der technischen Ausstattung an allen Stuttgarter Schulen mit z.B. Whiteboards, WLAN, Laptops, Tablets. Tablets für Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Schulen in Stuttgart, auf denen die

jeweiligen Unterrichtsmedien der Schulbuchverlage aufgespielt sind. Diesbezügliche Pilotversuche müssen schnell ausgedehnt werden.

- Bessere Ausstattung der Gewerbe- und Berufsschulen. Duale Ausbildung ist für uns Liberale gleichwertig mit akademischer Ausbildung. Nur so können wir dauerhaft dem bevorstehenden Fachkräftemangel in Handwerk und Mittelstand begegnen.
- Ausweitung der Schulsozialarbeit, auch bei den Schulen in freier Trägerschaft.
- Eine breitere Förderung der musikalischen Ausbildung an den Stuttgarter Schulen, v.a. im Hinblick auf Mittel für Räume, Instrumente und Veranstaltungen.
- Nachdrückliche Förderung und Erweiterung des Konzepts der Europa-Schulen in Stuttgart. Die Anzahl von derzeit 3 Schulen soll erhöht und weitere Schularten (Realschulen, Werkrealschulen, Hauptschulen) mit einbezogen werden.
- Neustruktur der Gebühren für öffentliche Leihbibliotheken: Information per Post sollte entfallen; Informationen nur per E-Mail.

VI. Raum für Kultur – Stuttgart neu denken

Die Herausforderung des urbanen Lebens von morgen wird es sein, Freiräume zur persönlichen Entfaltung, zur Begegnung und für Kreativität zu schaffen, zu erhalten und zurückzuerobern. Wir Freien Demokraten Stuttgart sehen die Gestaltung des städtischen Raums als „öffentliches Wohnzimmer“ als eine wichtige kulturpolitische Aufgabe.

Dafür setzen wir uns ein:

Kultur macht Stuttgart stark und lebenswert. Kultur darf und muss uns etwas kosten. Kultur ist für uns ein Wert an sich, den wir ermöglichen und befördern wollen. Neben den großen international angesehenen Einrichtungen sind uns auch die vielen kleinen öffentlichen und privaten Kultureinrichtungen mit ihren kreativen Ideen wichtig. Das städtische kulturelle Leben ist Aushängeschild und Botschafter der Landeshauptstadt. Die Kulturinstitutionen prägen das Bild Stuttgarts im In- und Ausland und sind ein Standortfaktor im internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe und kreative Ideen.

Politik für Stuttgarter Kultur heißt::

- Umgestaltung der Konrad-Adenauer-Straße zu einer echten Stuttgarter Kulturmeile. Wir setzen uns dafür ein, dass die Vorschläge international renommierter Architekten in die Komplettkonzeption für die Kulturmeile als Leuchtturm der Landeshauptstadt einfließen. An deren Ende sollte eine Oper, ein Konzerthaus und eine Möglichkeit für das Ballett stehen ohne einen teuren Interimbau für über 100 Millionen.
- Wir fordern einen Neubau des Linden-Museums an zentraler Stelle im Herzen der Stadt und die Schaffung eines Veranstaltungsortes für mittelgroße Veranstaltungen (1500 – 3000 Personen).

- Wir setzen uns neben finanzieller Förderung auch für beratende Unterstützung von kleinen Kulturveranstaltern und soziokulturellen Zentren ein. Diese soll beispielsweise Eigenfinanzierungen erschließen und die Bewältigung von bürokratischen Anforderungen (z.B. Umsetzung DSGVO) erleichtern.
- Änderung der Vergnügungsstättenkonzeption mit dem Ziel, Clubs und Discotheken auch in dezentralerer Lage zuzulassen. Entsprechende Konzepte sollen in Zusammenarbeit mit den Betreibern, der Stadt, den Anwohnern und auch der SSB verwirklicht werden. Die ÖPNV-Anbindung zu außerhalb gelegenen Clubs und Diskotheken muss gewährleistet sein. An den Kosten der Anbindung und des Lärmschutzes müssen sich im Gegenzug dazu die Clubbetreiber beteiligen.
- Weitere Plätze für Legales Sprengen in Stuttgart.

VII. Soziales, Jugend und Gesundheit

Menschenwürde, individuelle Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstentfaltung für alle, unabhängig vom sozialen Status, Alter, Geschlecht, der Herkunft, der sexuellen Orientierung, der Religion oder einer Behinderung, sind nur dann möglich, wenn auch die sozialen Grundlagen dafür gegeben sind. Deshalb stehen wir Freien Demokraten für eine soziale Kommunalpolitik.

Dafür setzen wir uns ein:

Wir sehen unsere soziale Verantwortung für die Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger darin, dass sie - unabhängig von ihrem Alter und ihrer Herkunft - befähigt werden, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Stuttgart ist eine Stadt, in der alte wie junge Menschen sich wohlfühlen, in der Familien unterstützt werden und Menschen in Not Hilfe erfahren.

Das bestmögliche soziale Profil für Stuttgart heißt:

- Kinder und Jugendliche brauchen die bestmögliche Unterstützung beim Aufwachsen und zur Entwicklung ihrer Potentiale. Erste Ansprechpartner sind hierfür die Eltern. Für die Kommune bedeutet dies, dass sie optimale Rahmenbedingungen für Familien schaffen muss. Dazu gehört der Ausbau von Kitaplätzen und die finanzielle Unterstützung von Familien mit Kindern durch Vergünstigungen über Bonus- und FamilienCard. Wir sprechen uns aber gegen eine Gebührenfreiheit für Kitas aus. Das würde bedeuten, öffentliche Mittel mit der Gießkanne zu verteilen. Stattdessen ist es besser, gezielt in die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern und in die Qualität und in die Erweiterung von Öffnungszeiten von Kitas zu investieren, um mehr und bessere Betreuungsangebote zu schaffen.
- Bürgerschaftliches Engagement und die Bereitschaft, sich in der Nachbarschaft zu engagieren, sind in Stuttgart stark ausgeprägt. Wir unterstützen dieses Engagement, indem wir uns dafür einsetzen, dass in den Stadtteilen vermehrt Orte der Begegnung geschaffen werden, an denen Menschen gleich welchen Alters und Herkunft Möglichkeiten des Austauschs und der Beratung haben. Wir unterstützen daher die Einrichtung von Kinder- und Familienzentren, Stadtteilhäusern und anderer Formen von Begegnungsstätten. In Zeiten der

Singlegesellschaft, der sich immer mehr verdichtenden Stadt und der Vereinsamung insbesondere im Alter brauchen wir mehr öffentliche Orte der Begegnung und des Austausches in Form der weiteren Entwicklung der Begegnungsstätten und sowie Stadtteilhäuser.

- Einrichtung eines Stuttgarter Cannabis Social Clubs (CSC) als Modellversuch mit medizinischer und wissenschaftlicher Begleitung.
- Alleinerziehende haben das größte Armutsrisiko in Stuttgart. Damit sind auch viele Kinder von Armut betroffen. Wir fordern deshalb den schnellen Ausbau der Betreuungsplätze, insbesondere im Ganztagesbereich, um Alleinerziehenden die Möglichkeit zu geben, einer Berufsausbildung bzw. Berufstätigkeit zu nachzugehen. Auch fordern wir hier den Ausbau spezieller Programme des Jobcenters für Alleinerziehende.
- Spezielle städtische Sprachförderprogramme für geflüchtete junge Menschen die in Ausbildung sind. Viele sind in ihrem Ausbildungsbetrieb integriert und erfolgreich, haben aber sprachliche Probleme in den Berufsschulen, so dass hier die Gefahr von Ausbildungsabbrüchen besteht. In der städtischen Verwaltung setzen wir uns ein für eine Neuaufstellung des Dolmetscherdienstes der Stadt. Einsatz von Dolmetschern bedeutet einen entsprechenden Qualitätsstandard, deshalb ist der Dolmetscherpool neu aufzustellen und zu verbessern durch Maßnahmen der Qualifikation und Fortbildung.
- In Stuttgart muss die ärztliche Versorgung für Kinder und psychisch kranke Menschen ausgebaut werden. Die Kommune muss hier gemeinsam mit den niedergelassenen Ärzten, den Krankenhäusern und der kassenärztlichen Vereinigung an Lösungsmöglichkeiten arbeiten. Insbesondere ist zu überprüfen, inwieweit durch eine Verbesserung von Rahmenbedingungen durch die Kommune die Bereitschaft von Ärzten, sich in Stuttgart niederzulassen- insbesondere in den Außenbezirken – gefördert werden kann.
- Inklusion als Ausdruck eines selbstbestimmten Lebens für Menschen mit Einschränkungen ist für uns ein essentieller Teil liberaler Sozialpolitik. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen mit Einschränkungen ihre individuellen Potentiale entfalten können, sei es in Regeleinrichtungen oder in Einrichtungen, die speziell auf die Bedürfnisse von Menschen mit Einschränkungen zugeschnitten sind. Wir wollen möglichst alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um das gesetzlich verankerte Ziel, bis zum 1.1.2022 eine vollständige Barrierefreiheit im ÖPNV herzustellen, erreichen (geeignete Maßnahmen dazu sind u.a. auch Symbole im barrierefreien Busverkehr, Kennzeichen von barrierefreien Bussen und Bahnen in Aushangfahrplänen). Dies beinhaltet auch mehr barrierefreie Toilettenanlagen (einschl. Wickelmöglichkeiten für Kleinkinder und Erwachsene, sog. „Toiletten für alle“) im öffentlichen Raum.
- Wir fordern die Weiterentwicklung von ambulant betreuten Wohnformen für Menschen mit Einschränkungen und/oder hohem Hilfebedarf wie z.B. für Wohnungslose, Abhängige und andere, die Unterstützung bei ihrer Wohnsituation brauchen. Das muss einher gehen mit dem Ausbau der präventiven Wohnsicherung, einem Gesamtkonzept Wohnungslosenhilfe und der Neustrukturierung der ordnungsrechtlichen Unterbringung, um „Sozialhotels“ zu vermeiden.

- Der überwiegende Teil der Pflegebedürftigen wird Zuhause von den Angehörigen gepflegt. Trotzdem müssen allein bis 2025 mindestens 2000 neue Pflegeplätze in Stuttgart geschaffen werden. Die Kommune soll bessere Rahmenbedingungen für den Ausbau von Pflegeplätzen schaffen. In Absprache mit dem zuständigen Landesministerium ist eine zentrale Stelle für Pflegeplätze einzurichten, an der alle verfügbaren Pflegeplätze und die Bedingungen dazu gebündelt werden. Dies kann unter Einbindung des momentan schon vorhandenen Pflegestützpunktes der Landeshauptstadt erfolgen.

VIII. Energie und Umweltschutz

Stuttgart, die Stadt zwischen Wald und Reben, bietet viel Natur. Sie gilt es zu erhalten – als Ort der Erholung für die Menschen in dieser Stadt, aber auch als Garant für ein gutes Stadtklima.

Dafür setzen wir uns ein:

Die Bewohner einer Großstadt dürfen sich nicht von den natürlichen Lebensgrundlagen entfremden lassen. Wir haben in Stuttgart die Aufgabe und die Chance, das Nebeneinander von Mensch und Natur zum beidseitigen Nutzen zu gestalten.

Bessere Politik für Mensch und Natur heißt:

- Die natürliche Seite Stuttgarts erhalten und stärken: Erhalt der Parkanlagen, um kleinstrukturierte Flächen mit dem größtmöglichen ökologischen Mehrwert zu schaffen, die 20 Hektar Parkanlage, die im Zuge des Projekts Stuttgart 21 entstehen, zur Einrichtung vielfältiger Biotop zu nutzen und politischer Einsatz für die Stuttgarter Kleingartenanlagen.
- Ein großes urbanes Grünflächenprojekt für Stuttgart mit Elementen wie Living Walls (vertikal begrünte Wände) und vertikale Begrünung an Gebäuden sowie Schaffung weiterer Blühstreifen an den Straßenrändern.
- Stuttgart soll Vorreiter bei Energieeffizienz werden durch Umsetzung von Smart-Energy-Konzepten.

IX. Stuttgart - interessant: Gastronomie, Fremdenverkehr

Die Landeshauptstadt Stuttgart zieht jährlich hunderttausende Besucherinnen und Besucher an. Hier gibt es interessante kulturelle Veranstaltungen und Sehenswürdigkeiten, aber auch viel Platz für Spaß und Lebensfreude. Ob Geschäftsreisende oder Feriengäste: Wichtig ist, dass wir die Menschen, die zu uns kommen, willkommen heißen. Das ist und bleibt die beste Werbung für unsere Stadt.

Dafür setzen wir uns ein:

Wir wissen, dass die Gäste in unserer Stadt neben einer angenehmen Umgebung auch guten Service verlangen. Hotels und Gaststätten sind eine bedeutende wirtschaftliche Kraft und wichtige Arbeitgeber. Komplizierte bürokratische Anforderungen in allen Bereichen wie z.B. die Hürden bei Aus- und Erweiterungsbauten durch unangemessen hohe Auflagen machen es der Branche zunehmend schwer.

Bessere Politik für Gastlichkeit heißt:

- Spürbare bürokratische Entlastungen für Hotels und Gaststätten.
- Wichtige und interessante Orte und Plätze in der Stadt verbessern: Aufwertung des Stuttgarter Marktplatzes durch ein gastronomisches Konzept. Der Cannstatter Wasen muss als Besuchermagnet digital voll erschlossen werden und für Schausteller auf dem Cannstatter Wasen muss eine vereinfachte Form der Ausnahmegenehmigung für die Einfahrt von Dieselfahrzeugen gelten. Diese soll gleichzeitig mit der Bewerbung um einen Standplatz bei der Stadt Stuttgart eingereicht werden können.
- Ablehnung eines Alkoholverbots an öffentlichen Plätzen. Die verfügbaren Mittel wie Platzverweise, Aufenthaltsverbote, Präventionsprogramme reichen aus, die Außengastronomie soll nicht eingeschränkt werden.

X. Lebendiges Stuttgart: Sport, Freizeit, Ehrenamt

Die Attraktivität einer Großstadt lässt sich nicht nur in Zahlen oder Daten messen. Sie hängt maßgeblich auch davon ab, wie bunt und vielfältig sich der Alltag gestalten lässt. Dazu tragen die vielfältigen kulturellen Angebote, die Möglichkeiten der Sport- und Freizeitgestaltung und das eigene ehrenamtliche Engagement der Stuttgarterinnen und Stuttgarter bei.

Dafür setzen wir uns ein:

Stuttgart ist eine lebenswerte Stadt, deren Angebote eine große Strahlkraft haben. Unsere historisch gewachsene Vereinskultur prägt unsere Demokratie und unsere Lebensqualität. Aber auch hier gilt: was gut ist, lässt sich noch besser machen.

Bessere Politik für ein lebendiges Stuttgart heißt:

- Ein Herz für den Sport: Bessere Berücksichtigung von Anlagen für den Breitensport in den Stadtteilen vor Ort bei der Flächenplanung. Ausbau einzelner Laufstrecken (ebene Oberfläche z.B. durch Rindenmulch, Beschilderung und Beleuchtung) dass auch abends und im Winter Jogging sicher möglich ist.
- Ein Herz fürs Engagement: Dessen Förderung ist eine Querschnittsaufgabe der Stadt. Wir wollen Bürokratieabbau für bürgerschaftliches Engagement. Stadt- und Gemeindeverwaltungen behandeln Bürgerinnen und Bürger als Partner bei der Gewährleistung des Gemeinwohls.
- Einbeziehung des Neckarufers in das Stadtleben. Das Neckarufer soll wiederbelebt und begrünt werden, Plätze zum Verweilen und Sporttreiben sollen geschaffen werden.
- Einrichtung einer eingezäunten Hundewiese im Innenstadtbereich

XI. Gesellschaft: Zusammen leben

Stuttgart ist unglaublich vielfältig. Menschen aller Generationen und aus aller Herren Länder leben bei uns auf verhältnismäßig kleinem Raum zusammen. Dies ist Aufgabe und Chance zugleich, denn wir können diese Vielfalt als Bereicherung erfahren und gestalten. Stuttgart ist eine moderne und weltoffene Großstadt. Dies ist ein großer Vorteil und ein gelungenes Beispiel für Reichtum durch Vielfalt.

Dafür setzen wir uns ein:

In Stuttgart leben Menschen jeden Alters, mit unterschiedlichen Vorlieben, Lebenskonzepten und Biographien. Das beweist, dass die Politik der Liberalen hier nach Stuttgart gehört. Denn wir treten für die Regeln einer offenen Gesellschaft und eine offene Gesellschaft mit Regeln ein.

Bessere Gesellschaftspolitik in Stuttgart heißt:

- Miteinander reden: Förderung von Austauschprojekten durch die Stadt, idealerweise nicht nur in Vorzeige-Modellprojekten, sondern in allen Stadtteilen - angepasst auf die Situation vor Ort, bei denen unterschiedliche Bevölkerungsgruppen die Gelegenheit zu Begegnung haben. Förderung von persönlicher Entwicklung, bürgerschaftlichem Engagement, Austausch und Teilhabe sowie Platz für die Jugend durch Jugendhäuser und Bürgerzentren mit Bürgersälen in den Stadtbezirken und Stadtteilen.
- Etwas auf den Weg bringen: Einrichtung einer digitalen Plattform, mit der Bürgerinnen und Bürger Anfragen, Vorschläge, Anmerkungen an die Bezirksbeiräte (primär) oder auch direkt an den Gemeinderat (sekundär) online abgeben können. Weiteren Ausbau und Förderung der Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche über geeignete Partizipationsgremien (z.B. Jugendgemeinderäte oder Kindergipfel). Stärkung der Seniorenräte. Nach professionellen Standards moderierte Bürgerbeteiligungsverfahren sollen verstärkt zum Einsatz kommen. Die Letztentscheidungskompetenz verbleibt bei den Räten.

- Weltoffenheit: Austauschprogramme auf allen Bildungsebenen (Schule, Studium, Ausbildung, Weiterbildung) sollen vor allem im Hinblick auf Europa von der Stadt noch besser gefördert und beworben werden. Auch soll der Austausch von städtischen Angestellten mit europäischen Städten vorangetrieben werden, um mit- und voneinander zu lernen. Integration in Stuttgart wird durch Förderung eines noch besseren Austauschs zwischen der Ausländerbehörde und der lokalen Wirtschaft gestärkt, damit Geflüchtete schnell ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können.

XII. Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Raum

Stuttgart ist eine sichere Stadt. Dennoch fühlen sich auch bei uns Menschen unsicher, wenn sie sich im öffentlichen Raum bewegen. Manche zentralen Plätze in der Stadt, wie z.B. die Klettpassage, sind zum Treffpunkt von Gruppen geworden, die sich dort aufhalten, betteln und die Umgebung vermüllen. Ähnliches kann man in manchen Stadtbezirken beobachten.

Dafür setzen wir uns ein:

Jeder, ob jung oder alt, am Tag oder nachts, zu Fuß, mit dem Rad oder Auto unterwegs, sollte sich in Stuttgart sicher fühlen und darauf verlassen können, dass alle die Regeln menschlichen Anstandes und gegenseitiger Rücksichtnahme beachten. Wir sehen jeden einzelnen in der Pflicht, seinen Teil zu einem guten und sicheren Zusammenleben beizutragen. Dennoch lässt sich Sicherheit und Sauberkeit nicht ohne Unterstützung der Kommune gewährleisten.

Bessere Politik für ein sicheres und sauberes Stuttgart heißt:

- Erhöhung der Polizeipräsenz auf der Straße und insbesondere an neuralgischen Orten, wie z.B. im Bereich der Klettpassage/des Hauptbahnhofs, des Schlossplatzes; vor allen Dingen zwischen 21.00 Uhr und 7.00 Uhr.
- Konsequentes Vorgehen gegen organisierte Bettelbanden.
- Weitere Erhöhung der Anzahl an vorhandenen Mülleimern im öffentlichen Raum und regelmäßige Leerung und wirkungsvolles Vorgehen gegen die Verursacher von Verunreinigungen im öffentlichen Raum (auch an Schulen).